

Kerstin Warncke

Die Raumordnung und Landesplanung in Lettland

HERAUSGEBER

*Konrad Goppel
Gabi Troeger-Weiß*

AUGSBURG-KAISERSLAUTERN 2011

Schriften zur Raumordnung und Landesplanung
SRL

Herausgeber:
Prof. Dr. jur. Konrad Goppel
Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiß

Zur Autorin

Kerstin Warncke (geboren 1986) studiert seit 2006 Geographie mit den Nebenfächern Raumordnung und Landesplanung, Kommunikationswissenschaften sowie Empirische Sozialforschung. Im Frühjahr 2012 wird sie das Studium mit dem Diplom an der Universität Augsburg abschließen.

Ein einjähriges Auslandsstudium an der Lettischen Universität in Riga gab ihr Einblicke in die Raumentwicklung Lettlands und verstärkte das Interesse am System der Raumordnung und Landesplanung. Während eines einmonatigen Praktikums im Sekretariat der Raumplanungsinitiative VASAB in Riga wurde dieser Einblick um die makroregionale Perspektive erweitert. Der vorliegende Beitrag basiert somit auf den in Lettland gewonnenen Erfahrungen.

Adressen

Autorin

Kerstin Warncke
Am Hoheneck 3
83646 Bad Tölz

Herausgeber

Prof. Dr. jur. Konrad Goppel

Fachgebiet Raumordnung und Landesplanung an der Universität Augsburg,
Universitätsstraße 10, 86135 Augsburg
Ministerialdirigent a.D. im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur,
Verkehr und Technologie, Abteilung Landesentwicklung
Prinzregentenstraße 24, 80538 München

Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiß

Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung der Technischen Universität
Kaiserslautern, Pfaffenbergstraße 95, 67663 Kaiserslautern

Schriftleitung

Dipl.-Ing. Swantje Grotheer

Kerstin Warncke

Die Raumordnung und Landesplanung in Lettland

Schriften zur Raumordnung und Landesplanung
Band 36

Universität Augsburg – Technische Universität Kaiserslautern
2011

Die Raumordnung und Landesplanung in Lettland

Kerstin Warncke

In: Schriften zur Raumordnung und Landesplanung (SRL),
Band 36

Selbstverlag

Universität Augsburg

Fachgebiet Raumordnung und Landesplanung

Technische Universität Kaiserslautern

Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung

Universität Augsburg – Technische Universität Kaiserslautern 2011

NE: Goppel, K., Troeger-Weiß, G. (Hrsg.)

ISBN: 978-3-937006-14-7

Copyright Selbstverlag

Fachgebiet Raumordnung und Landesplanung der Universität Augsburg

Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung der Technischen Universität Kaiserslautern

Schriftwechsel, Bezug und Anfragen bezüglich des Tauschverkehrs werden erbeten an:

Stephanie Heiler/Andreas Neu, Sekretariat des Lehrstuhls Regionalentwicklung und Raumordnung der Technischen Universität Kaiserslautern

Pfaffenbergstraße 95, 67663 Kaiserslautern

Tel.: 0631-205-3435

Fax: 0631-205-2551

E-Mail: heiler@rhrk.uni-kl.de

Internet: <http://www.uni-kl.de/FG-RuR>

Vorwort

Die vorliegende Abhandlung ist im Rahmen eines Studienaufenthaltes von August 2009 bis Juni 2010 in Riga entstanden und ergänzt die Arbeiten von B. Brandhuber und K. Sturm zur französischen bzw. niederländischen Raumplanung.

Auch wenn es hier das Anliegen ist, lediglich einen kurz gefassten Überblick zu geben, gelingt es der Autorin doch überzeugend, die wesentlichen Aspekte der aktuellen lettischen Raumplanung, ihres Werdegangs und ihrer künftigen Perspektiven deutlich zu machen.

Dies gilt zunächst für die raumstrukturellen Gegebenheiten als Grundlage und Herausforderung der räumlichen Planung mit der Metropole Riga und den ihr gegenüber bestehenden Disparitäten zu peripher gelegenen Räumen sowie für die 1991 eingetretene Situation, dass Lettland mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion in eine europäische Randlage geriet. Hier zeigt sich das Umkehrphänomen zur Entwicklung im westlichen Bereich, wie etwa in Bayern, wo zum gleichen Zeitpunkt bisher periphere Räume in Randlage mit Wegfall des Eisernen Vorhangs ihrer geographischen Lage entsprechend, wieder ins Zentrum gerückt wurden. Auch dieses westliche Phänomen bedeutet im Übrigen eine besondere Herausforderung für die Raumplanung.

Gleichermaßen geht die Verfasserin auf die spezifischen Charakteristika der lettischen Raumplanung ein, das Zurückgreifen sowohl auf das Planungssystem vor der Unabhängigkeit als auch die Erfahrungen bereits entwickelter demokratischer Staaten, die Bedeutung von Öffentlichkeitsbeteiligung und Nachhaltigkeit sowie die Verbindlichkeit und den Querschnittsbezug der Raumplanerischen Festlegungen. Inhaltlich verdienen vor allem das auch in Lettland verankerte Leitprinzip der Wertgleichen Lebensbedingungen sowie strukturell der mehrstufige Aufbau der Planungsverwaltung Beachtung.

Unbeachtet des kurzen Überblicks bietet die Abhandlung eine interessante Ergänzung der von Brandhuber und Sturm behandelten westlichen Planungssysteme und verweist damit auf ein lohnendes Forschungsfeld bezüglich gemeinsamer raumplanerischer Wurzeln zwischen der Bundesrepublik und ihren neuen östlichen Nachbarn in der EU sowie deren möglicher Inwertsetzung zur Durchsetzung gemeinsamer europäischer Anliegen.

München, 13.01.2011
Prof. Dr. Konrad Goppel

Danksagung der Autorin

Mein ausdrücklicher Dank gilt meinem Betreuer Prof. Dr. jur. Konrad Goppel, meinen hilfsbereiten Ansprechpartnern zur Raumentwicklung und Raumordnung Lettlands Prof. Zaiga Krisjane, Talis Linkaits und Alda Nikodemusa sowie meiner ERASMUS Fachbetreuerin Prof. Dr. Sabine Timpf.

Kerstin Warncke

Gliederung

1 Hintergründe zur Raumstruktur und Raumentwicklung	1
1.1 Geographischer Überblick	1
1.2 Historischer Überblick	2
1.3 Räumliche Entwicklung Lettlands	3
2 Raumordnung und Raumplanung in Lettland	4
2.1 Zentrale Aspekte der lettischen Raumordnung	5
2.1.1 Entwicklungsstand der lettischen Raumordnung	5
2.1.2 Verbindlichkeit der Programme und Pläne	5
2.1.3 Fachliche Zuordnung der lettischen Raumordnung	5
2.1.4 Einfluss auf der Raumordnung auf die Regionalpolitik	6
2.1.5 Grenzüberschreitende und transnationale Zusammenarbeit	7
3 Institutionelle Grundlagen des lettischen Planungssystems	8
3.1 Das lettische Verwaltungssystem vor und nach der Regionalreform 2008/09	8
3.1.1 Die Rolle der Kommunen	9
3.1.2 Die Bezirksebene vor der Regionalreform 2008/09	10
3.1.3 Die nationale Ebene der lettischen Raumordnung	10
3.1.4 Die Regionalreform 2008/09	11
3.1.5 Die Verwaltungsebene der (Planungs-)Regionen seit der Regionalreform	13
3.2 Herausforderungen der Regionalreform	13
4 Künftige Ausrichtung der Lettischen Raumordnung	15
4.1 Der National Development Plan	15
4.2 Künftige Herausforderungen der lettischen Raumordnung	16
4.3 Ausblick	18
5 Erfahrungsbericht: Studium und Praktikum in Lettland (Rīga)	19
Literaturverzeichnis	VII
Persönliche Gespräche 2009/2010	IX
Abbildungsverzeichnis	XI

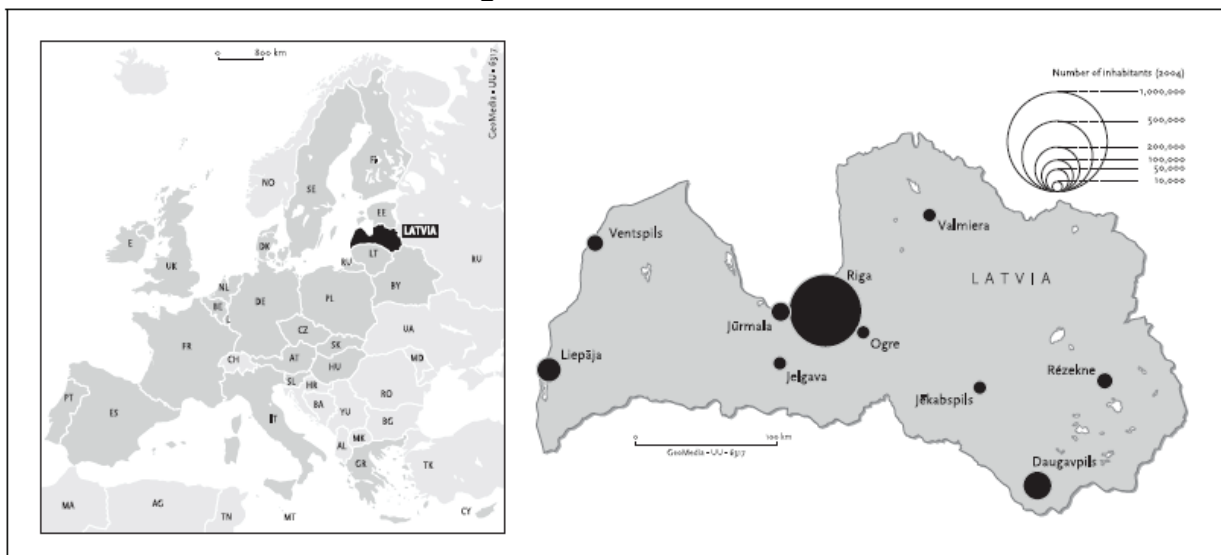
1 Hintergründe zur Raumstruktur und Raumentwicklung in Lettland

Seitdem Lettland im Jahr 1991 seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion gewonnen hat, befinden sich das Wirtschafts-, Politik- und Gesellschaftssystem des Landes in einem Transformationsprozess. Zwar verlaufen die Umstellungen innerhalb der verschiedenen Dimensionen gleichzeitig, jedoch nicht in der gleichen Geschwindigkeit, so DECKERS (2003, S. 25). Der Wandel des politischen Systems ist beispielsweise langsamer vonstattengegangen, als die postsowjetischen Transformationsprozesse von der sozialistischen Planwirtschaft hin zur Marktwirtschaft. Darüber hinaus divergieren die Entwicklungsstufen auf der regionalen Ebene Lettlands (vgl. ARONS 2000, S. 79). Um die Raumentwicklung Lettlands besser zu steuern und so räumlichen aber auch sozioökonomischen Disparitäten zu begegnen, wird auf politischer Ebene ein Lösungsansatz in der die Regionalreform gesehen.

1.1 Geographischer Überblick

Lettland ist eines der drei baltischen Staaten im Nordosten Europas. Das Land grenzt im Norden an seinen baltischen Nachbarn Estland, im Osten an Russland im Südosten an Weißrussland und im Süden an Litauen (siehe Abbildung 1). Außerdem grenzen im Westen die lettischen Eigengewässer der Ostsee an schwedische Gewässer. Insgesamt erstreckt sich die Fläche Lettlands über 63.589 km² an Land und 1.000 km² auf See. Die Fläche Lettlands ist damit etwas kleiner als die Fläche Bayerns mit 70.550 km².

Abb. 1: Die Lage Lettlands im Europa der EU25 / rechts: Lettland mit den größten Städten

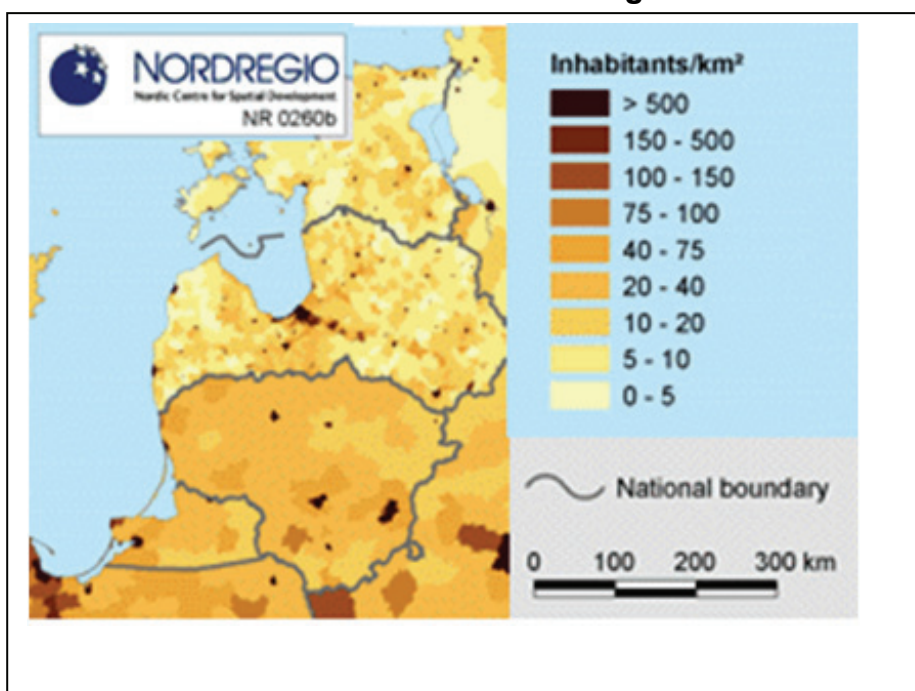


Quelle: MIKA 2005, S. 24

Die Einwohnerzahl von etwa 2,24 Millionen im Jahr 2010 schrumpft aufgrund negativer natürlicher Bevölkerungsentwicklungen sowie negativer Migrationssalden (vgl. STATISTISCHES ZENTRALAMT LETTLAND 2010). Insbesondere die ländlichen Gebiete Lettlands sowie die Hauptstadt Rīga waren und sind von diesem Trend betroffen (vgl. MIKA 2004, S. 55). Dagegen verzeichneten mittelgroße Städte mit 20.000 bis 99.900 Einwohnern weitaus stabilere Einwohnerzahlen. Die natürliche

Bevölkerungsentwicklung ist seit 1991 negativ und angesichts der Wirtschaftskrise 2008 haben sich die Wanderungsverluste wieder verstärkt. Die Bevölkerungsdichte Lettlands betrug im Jahr 2008 durchschnittlich 36 Einwohner/km², in Deutschland belief sie sich auf 235 Einwohner/km² (vgl. DESTATIS 2010). Die Hauptstadt Rīga nimmt aufgrund der monozentrischen Siedlungsstruktur Lettlands eine dominierende Position ein - sie beherbergt mit ihren 717.400 Einwohnern etwa ein Drittel der lettischen Bevölkerung (siehe Abbildung 2). Auch ist Rīga bedeutendes Verwaltungs-Finanz- und Kulturzentrum und stellt für das gesamte Baltikum das „*unangefochtene wirtschaftliche Zentrum*“ (vgl. ARONS 2000, S. 79) dar. Die zweitgrößte Stadt Daugavpils weist nur noch eine Bevölkerung von 105.000 Einwohnern auf, in der drittgrößten Stadt Liepāja leben etwa 85.000 Menschen. Der Urbanisierungsgrad liegt in Lettland bei 68% und damit handelt es sich um eines der meist verstäderten Transformationsländer in der EU (vgl. MIKA 2004, S. 55).

Abb. 2: Einwohnerdichte in der Ostseeregion - lokale Verwaltungseinheiten



Quelle: nach NORDREGIO 2003

Die lettische Bevölkerung ist sehr heterogen. Die ethnische Gruppe der Letten ist mit nur etwa 60% im eigenen Land vertreten. Knapp 30% der Einwohner Lettlands zählen zur ethnischen Gruppe der Russen, darüber hinaus gehören Belarussen, Ukrainer, Polen und Litauer zu den ethnischen Minderheiten Lettlands (vgl. MIKA 2004, S. 55).

1.2 Historischer Überblick

Bedeutend für die historische Entwicklung des Landes ist die Tatsache, dass das Territorium des heutigen Lettlands aufgrund seiner strategisch interessanten Lage wiederholt von Fremdmächten besetzt wurde. Seit dem zwölften Jahrhundert wurden die Letten abwechselnd von den Deutschen, Polen, Schweden und Russen regiert. Mit der Ausrufung der Ersten Republik von 1918 bis 1939 konnte Lettland seine dau-

erhafte Fremdherrschaft zum ersten Mal bewältigen. Daraufhin kam es 1939 bis 1940 zur Besetzung durch die Sowjetunion, 1941 bis 1944 durch das nationalsozialistische Deutschland und 1945 bis 1991 erneut durch die Sowjetunion.

Die von Michail Gorbatschow eingeführte politische Offenheit (Glasnost) ließ eine ungehinderte politische Willensbildung sowie Meinungsfreiheit in der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik zu (vgl. SCHÜRING 2010, S. 50). Dieser Prozess stand im engen Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Wirtschaftssystems (Perestroika) in den Jahren 1987/88 und bewirkte einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel in der Sowjetunion. Im Jahr 1991 schließlich erlangte Lettland seine sogenannte Zweite Unabhängigkeit. Nach der Aufnahme Lettlands in die Vereinten Nationen 1991 und die Welthandelsorganisation 1998 folgte der Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO im Jahr 2004.

Die historischen Einflüsse der früheren Besatzungsmächte haben auch in der jungen Demokratie tiefe Spuren hinterlassen. Seit dem Jahrtausendwechsel erfuhr Lettland ein außerordentlich hohes Wirtschaftswachstum. Die Lettische Ökonomie basiert vor allem auf dem Dienstleistungssektor (74 Prozent der Bruttowertschöpfung im Jahr 2008) sowie auf Klein- und Kleinstbetrieben in der Industrie (BLAZAUSKAS 2009, S. 573).

Der kleine Ostseeanrainerstaat war in der EU eines der am stärksten von der internationalen Finanzkrise betroffenen Länder. Lettlands Wirtschaft ist durch die Bankenkrise 2008/09 dramatisch eingebrochen. Das Land erfuhr im Jahr 2009 einen Einbruch des BIP um 18 Prozent. Dies erschütterte den Arbeitsmarkt mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote von 5,3 Prozent im Jahr 2007 auf 19,7 Prozent Ende 2009 und zog strenge Sparmaßnahmen der Politik nach sich. Mittlerweile konnte die lettische Regierung mit Unterstützung von Seiten des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Union die wirtschaftliche Lage etwas stabilisieren (vgl. LATVIJAS REPUBLIKAS EKONOMIKAS MINISTRIJA 2010, S. 9).

1.3 Räumliche Entwicklung Lettlands

Für die räumliche Entwicklung Lettlands waren der Zusammenbruch der Sowjetunion und die neu erlangte Unabhängigkeit von zentraler Bedeutung. Aus der Makroperspektive befand sich Lettland zu Zeiten der UdSSR nahe des Sowjetischen Gravitationszentrums. Die Nähe zu St. Petersburg und der eisfreie Zugang zur Ostsee verliehen den Baltischen Staaten eine besondere wirtschaftliche und verkehrstechnische Stellung. Dieser strategisch wichtige Standort verwandelte sich jedoch 1991 schlagartig in eine problematische Randlage in der europäischen Peripherie. Das ganze Land - insbesondere der östliche Teil Lettlands - erfuhr einen herben Rückschlag in der wirtschaftlichen Entwicklung. Seit 1995 konnte sich das Land mit Hilfe verschiedener Reformen wirtschaftlich stabilisieren und wurde schließlich dank seiner prosperierenden Entwicklung als einer der ‚drei Baltischen Tiger‘ bezeichnet. Im Zuge des EU Beitritts im Jahr 2004 verbesserte sich die Situation weiter aufgrund von hohen Fördermitteln, allerdings stellt die periphere Lage noch immer eine große Herausforderung in der lettischen Raumentwicklung dar (vgl. KRISJANE 2009).

Auch die regionalen Disparitäten innerhalb des Landes stellen bedeutende Herausforderungen an die lettische Raumordnung. Nicht nur die wirtschaftliche Situation unterscheidet sich stark zwischen den Regionen Lettlands, sondern ebenso die Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur, die Erschließung durch Infrastruktur oder die naturräumliche Gliederung. Der Kontrast zwischen der Hauptstadt Rīga und den peripheren Regionen „*verursacht Probleme für eine gesamtstaatlich ausgewogene räumliche Entwicklung*“, wie MELLUMA & PENEZE (1999, S. 188) feststellen. Aufgabe der lettischen Raumordnung ist es also, diese räumlichen Disparitäten auszugleichen um eine positive und nachhaltige Raumentwicklung zu ermöglichen.

2. Die Raumordnung und Raumplanung in Lettland

Die heutige lettische Raumordnung erfuhr seit den frühen 1990er Jahren eine Umstrukturierung, als die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen anstelle der zentralisierten und direktiven Planung einen neuen Zugang erforderten. Dabei griff sie teilweise auf das Planungssystem aus der Zeit der ersten Unabhängigkeit zurück. Nachdem die anfängliche post-sowjetische Skepsis gegenüber Planungsfragen überwunden wurde, folgte die Einsicht, dass die Raumentwicklung durch konkrete Maßnahmen gelenkt werden müsse. Regionalentwicklung und Raumplanung werden zudem als Beschleuniger des Transformationsprozesses gesehen (vgl. PAALZOW 2006, p. 181).

Erfahrungen entwickelter demokratischer Staaten spielten bei der Ausarbeitung neuer Prinzipien für die Raumordnung eine große Rolle, welche anschließend in der Gesetzgebung sowie in der Praxis verankert wurden (vgl. MELLUMA & PENEZE 1999, S.191). Wichtige Prinzipien sind seither die Dezentralisierung, Koordinierung, Subsidiarität, Öffentlichkeit und nachhaltige Entwicklung.

Die lettische Raumplanung (lettisch ‚*Nacionalais planojums*‘) und Raumordnung werden als ein elementarer Bestandteil der Entwicklungsplanung angesehen. Ihre Zielsetzungen beinhalten beispielsweise die Gewährleistung einer rationalen Nutzung des konkreten Raumes bei gleichzeitiger Förderung einer ausgewogenen wirtschaftlichen Entwicklung. Außerdem setzen sie sich unter Beachtung der gesamtstaatlichen Interessen für die Bewahrung der Natur und kultureller Milieus ein oder stellen die Umweltqualität für den Einzelnen und die Gesellschaft sicher. Schließlich gewährleistet die Raumordnung in Lettland, dass Grundbesitzer ihr Eigentum selbstständig entwickeln können (vgl. MELLUMA & PENEZE 1999, S.191). Die lettische Raumplanung begünstigt keine besonderen Gesellschaftsgruppen sondern ist darauf bedacht, die verschiedensten Interessensgruppen zu berücksichtigen und mit einzubeziehen (vgl. COMMIN 2007). Partizipation der Bevölkerung in Planungsfragen mit nationaler Relevanz wird durch die Veröffentlichung des Planungsprozesses in den nationalen Massenmedien angestrebt (vgl. BBSR 2009).

2.1 Zentrale Aspekte der lettischen Raumordnung

2.1.1 Entwicklungsstand der lettischen Raumordnung

Hinsichtlich des Entwicklungsstandes der Raumordnung in Lettland lässt sich feststellen, dass sie sich nach wie vor in einer Aufbau- bzw. Ausbauphase befindet. Die wichtigste Aufgabe der staatlichen Raumplanung in Lettland ist momentan, diese flächendeckend und einheitlich auszuführen, so NIKODEMUSA (2010). Zwei der früheren lokalen Verwaltungseinheiten haben noch immer keine eigenen Raumpläne aufgestellt.

Bevor die Raumordnung weiter entwickelt werden kann, muss sie zunächst ein stabiles Fundament besitzen und rechtlich sowie planerisch einheitliche Ausgangsbedingungen im ganzen Land schaffen. Allerdings lässt sich, wie im Verlauf dieser Arbeit beschrieben wird, eine intensive Auseinandersetzung der politischen Entscheidungsträger Lettlands mit der Raumordnung und Raumentwicklung erkennen.

2.1.2 Verbindlichkeit der Programme und Pläne

Die Raumordnung erstreckt sich über das gesamte Territorium des Landes und ist rechtsverbindlich (vgl. BBSR 2009). Die Rechtswirksamkeit der Pläne ist eine zentrale Frage der Raumordnung, da sie Hinweise auf die Umsetzbarkeit sowie den Bestand der Pläne gibt. Zwar stellt der lettische Staat keinen rechtsverbindlichen Raumplan auf nationaler Ebene auf, jedoch entwickelt er Planungsdokumente mit räumlichen Entwicklungsperspektiven, welche in die Planungen der nachfolgenden Ebenen mit einbezogen werden müssen. Dieser Gesichtspunkt wird in Kapitel 3.1.3 ‚*Die nationale Ebene der lettischen Raumordnung*‘ genauer erörtert. Neben den Planungsdokumenten werden einige nationale Interessen in vereinzelt sektoralen Bestimmungen vorgeschrieben und beispielsweise Natura2000 Schutzgebiete oder national bedeutende landwirtschaftliche Flächen ausgewiesen. Auf regionaler Ebene werden Leitlinien für die räumliche Entwicklung erarbeitet und bewilligt (Regionalpläne). Die lokale Ebene schließlich stellt rechtswirksame Flächennutzungs- und Bebauungspläne rechtswirksame Pläne auf, erläutert die Leiterin der Abteilung für Raumplanung in der Landesplanungsabteilung des Ministeriums für Regionalentwicklung und Kommunalverwaltung Alda NIKODEMUSA (2010). Die Festlegungen der jeweiligen Pläne müssen von den weiter unten angeordneten Ebenen des dreistufigen Planungssystems eingehalten werden.

2.1.3 Fachliche Zuordnung der lettischen Raumordnung

Während den vergangenen zwanzig Jahren kam es in der lettischen Staatsregierung wiederholt zu einem Wechsel der für die Raumplanung und Raumentwicklung zuständigen Ministerien. Bis 1993 war zunächst das damalige ‚Ministerium für Architektur und Bauwesen‘ verantwortlich für die Bauwirtschaft, öffentliche Versorgungseinrichtungen, Bauwesen, Geologie und Tourismus. Gleichzeitig betreute das ‚Ministerium für die staatliche Reform‘ bis dato die Kommunalverwaltung.

Mit der Gründung des ‚Ministeriums für Umweltschutz und Regionalwesen‘ im Jahr 1993 wurden die Aufgaben der beiden Ministerien an die neue Institution übertragen.

Im Jahr 2004 teilte sich das Ministerium jedoch wieder auf. Dem neuen ‚Umweltministerium‘ (lettisch ‚*Vides ministrija*‘) wurden die Themenfelder Umweltschutz und Naturschutz zugeteilt (vgl. VIDES MINISTRIJA 2010). Die Raumordnung und Landesplanung obliegt heute dem lettischen ‚Ministerium für Regionalentwicklung und Kommunalverwaltung‘ (lettisch ‚*Reģionālās attīstības un pašvaldību lietu ministrija*‘). Die Zuständigkeitsfelder des Ministeriums reichen von der Planung und Koordination der Landes- und Regionalentwicklung über die Entwicklung der Kommunalverwaltung, die Raumplanung oder Bodenpolitik bis hin zu Themen des e-Government und der Informationsgesellschaft (vgl. RAPLM 2010).

Darüber hinaus erarbeitet die führende Institution der staatlichen Verwaltung Lettlands einheitliche mittel- und langfristige staatliche Entwicklungsleitlinien in ihrer ‚*Strategie für eine nachhaltige Entwicklung Lettlands bis 2030*‘ (lettisch ‚*Latvijas ilgtspējīgas attīstības stratēģija 2030*‘) und dem ‚*National Development Plan 2007-2013*‘ (lettisch ‚*Nacionālās attīstības plāns 2007-2013*‘). Die Koordination der unterschiedlichen raumrelevanten Fachbereiche findet auch in Lettland Anwendung. Um einen Querschnittsbezug herzustellen, werden Planungsdokumente auf nationaler oder regionaler Ebene in Zusammenarbeit mit verschiedensten sektoralen Ministerien und Institutionen erstellt. So zum Beispiel auch der Entwurf der ‚*Strategie für nachhaltige Entwicklung in Lettland 2030*‘, welcher nach einer ausführlichen öffentlichen Diskussion vom Ministerkabinett erstellt und im Parlament im Juni 2010 bewilligt wurde (vgl. RAPLM 2010, NIKODEMUSA 2010).

2.1.4 Einfluss auf der Raumordnung auf die Regionalpolitik

Die Regionalentwicklung geriet 1996 mit dem „*Konzept zur regionalen Entwicklungspolitik Lettlands*“ in den Fokus der Staatsregierung. Seitdem haben sich einige Hauptziele der Regionalpolitik in Lettland herauskristallisiert:

- Gewährleistung optimaler und gleichwertiger Umwelt- und Lebensbedingungen in allen Regionen Lettlands;
- Verringerung des Wohlstandsgefälles der Regionen unter gleichzeitiger Beibehaltung der Vielfalt und Besonderheiten einzelner Landesteile;
- Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung im gesamten Land.

Das Ministerium für Regionalentwicklung und Kommunalverwaltung beschreibt ‚Regionalentwicklung‘ als die positive Entwicklung der sozialen und politischen Verhältnisse im gesamten Land beziehungsweise in bestimmten Teilregionen des Landes. Die Regionalpolitik wird verstanden als staatliche Leitlinien und definierte Maßnahmen zur Förderung der Regionalentwicklung. Dies erfolgt durch die Koordination der sektoralen Bereiche gemäß den Entwicklungsprioritäten bestimmter Teilräume des Staatsgebietes sowie durch die direkte Unterstützung der Entwicklung gewisser Teilräume des Landes (vgl. RAPLM 2010).

Um den Entwicklungserfordernissen der verschiedenen Regionen eines Landes gerecht zu werden, gibt es in der Raumordnung beispielsweise die Möglichkeit der Zusammenfassung von Teilräumen mit vergleichbaren Wirtschafts- und Lebensbedin-

gungen. Eine Einteilung in Gebietskategorien nach ähnlichen raum-, siedlungs- und wirtschaftsstrukturellen Voraussetzungen und mit besonderen landesplanerischen Zielen existiert - im Gegensatz zu Deutschland - nicht in Lettland (vgl. COMMIN 2007). Jedoch sind spezielle Räume wie Naturschutzgebiete gesondert ausgewiesen und unterstehen auch rechtsverbindlichen Vorschriften.

2.1.5 Grenzüberschreitende und transnationale Zusammenarbeit

Lettlands Engagement für grenzüberschreitende oder transnationale Zusammenarbeit in der Raumordnung sowie für eine nachhaltige Entwicklung besteht bereits seit seiner Unabhängigkeit und zeigt sich in zahlreichen Projekten. Beachtenswert ist die Initiative „*Visions and Strategies around the Baltic Sea*“ (VASAB), an der das Land bereits seit 1992 teilnimmt. In diesem Netzwerk nahm Lettland die Möglichkeit wahr, an der Erstellung eines multilateralen Rahmenkonzepts zur Raumentwicklung in der Ostseeregion mitzuwirken (vgl. VASAB 2010). Im Zuge intensiver interministerieller Konferenzen und Workshops entwickelten Verantwortliche für die Raumordnung aus den elf Teilnehmerstaaten ihre ‚*Gemeinsamen Empfehlungen für die Raumplanung in der Küstenzone der Ostseeregion*‘. Diese wichtigen Prinzipien werden seither beispielsweise von den Kommunalverwaltungen in der Küstenzone bei der Planung ihres Gebietes beachtet.

Um die räumliche Entwicklungsperspektive der Ostseeregion weiter zu fördern, wurden von den VASAB-Teilnehmerstaaten zahlreiche Projekte ins Leben gerufen, welche unmittelbar mit der Raumplanung in Verbindung stehen. Bedeutende Themenfelder sind derzeit die Entwicklung einer gemeinsamen maritimen Raumplanung für die Ostsee oder die Stärkung der Stadt-Land Beziehungen, so der Leiter des VASAB Sekretariats Talis LINKAITS (2010). Durch die intensive Zusammenarbeit profitieren die Mitgliedsstaaten von einem engen Erfahrungsaustausch. Gleichzeitig steigert die transnationale Abstimmung der Raumentwicklung die Güte und Effektivität der Ergebnisse.

Die Stärkung einer nachhaltigen räumlichen Entwicklung im Ostseeraum hat sich auch das Projekt ‚*Baltic21*‘ zum Ziel gesetzt. Seit 1996 setzt sich dieses Projekt für wirtschaftlichen Fortschritt, den Umweltschutz sowie eine ausgewogene räumliche Entwicklung der Teilnehmerstaaten ein (vgl. BALTIC21 2010).

3. Institutionelle Grundlagen des lettischen Planungssystems

Um das demokratische Planungssystem Lettlands heutzutage zu beschreiben, muss zunächst kurz auf die Staats- und Verwaltungsstrukturen eingegangen werden. Ganz nach westeuropäischem Vorbild ist Lettland seit seiner Zweiten Unabhängigkeit eine parlamentarische Demokratie. Die lettische Regierung stimmt hinsichtlich ihrer Organisation und Kompetenzen mit dem Aufbau der Deutschen überein, so SCHÜRING (2010, S. 51). Das Parlament (Saeima) bildet laut REETZ (2007, S. 18) zusammen mit dem Ministerkabinet die wichtigsten Staatsorgane. Lettland ist ein dezentralisierter Einheitsstaat, da es einen Reformprozess vollzogen hat, um oberhalb der lokalen Ebene gewählte, regionale Körperschaften einzurichten (vgl. EUROPÄISCHES PARLAMENT 2008, S. 17).

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR war die Wiedereinführung der kommunalen Selbstverwaltung eine der ersten demokratisierenden Reformen in Lettland (vgl. PAALZOW 2006, S. 183). Allerdings wurde die Regionalentwicklung durch die enormen Herausforderungen und Reformen der neuen Unabhängigkeit eingeschränkt. Mehrere Umstrukturierungen und Neuerungen wurden seither in der lettischen Raumordnung sowie dem gestuften Planungssystem vollzogen.

Das legale Grundgerüst der lettischen Raumordnung und Landesplanung wird durch folgende drei Gesetze gebildet (vgl. NIKODEMUSA 2010):

Zum einen handelt es sich um das ‚Gesetz zur Entwicklung des Planungssystems‘ (lettisch ‚Attīstības plānošanas sistēmas likumā‘) vom 25. Mai 2008. Durch das Analysieren des lettischen Planungssystems soll dieses Gesetz eine stabile und nachhaltige staatliche Entwicklung forcieren, aber auch die Lebensqualität der Einwohner verbessern. Zum anderen gibt es das ‚Gesetz über die Entwicklungsplanung der Territorien‘ (lettisch ‚Teritorijas plānošanas likums‘), dessen Ziel es ist, durch die Implementierung eines effektiven Raumplanungssystems eine nachhaltige und ausgeglichene Entwicklung in Lettland zu unterstützen. Darüber hinaus definiert das ‚Gesetz zur Regionalentwicklung‘ (lettisch ‚Regionālas attīstības likums‘), rechtskräftig seit dem 23. April 2002, die fünf (Planungs-)Regionen Lettlands *Rīga*, *Kurzeme*, *Latgale*, *Vidzeme* und *Zemgale*.

Diese Gesetze geben die institutionellen Grundlagen sowie politische Rahmenrichtlinien des gestuften Planungssystems vor.

3.1 Das lettische Verwaltungssystem vor und nach der Regionalreform 2008/09

Das lettische Verwaltungssystem wurde zum 01. Juli 2009 in einer Regionalreform umgestaltet. Bis dato existierten eine lokale Verwaltungsebene, eine subregionale sowie eine nationale Ebene. Das heutige Verwaltungssystem ist durch eine andere dreistufige Gliederung gekennzeichnet. Die subregionale Ebene der Bezirke wurde zugunsten der Einführung einer regionalen Ebene abgeschafft. Der folgende Abschnitt beschreibt kurz das herkömmliche Verwaltungssystem, bevor die Regionalreform und die heutige Verwaltungsstruktur charakterisiert werden.

Die bisherige Verwaltungsgliederung stammte zum Großteil noch aus den sechziger Jahren, als die Sowjetunion zuletzt eine Umgestaltung der Verwaltungseinheiten durchgeführt und in der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik 26 Bezirke (lettisch

„rajons“) eingeführt hat. Dieses System war nach Einschätzungen von REETZ (2000, S. 1) „den Erfordernissen und Möglichkeiten einer modernen Demokratie nur bedingt gewachsen“. Vor der Regionalreform 2008/09 gliederte sich das Selbstverwaltungssystem auf in eine nationale Ebene und 534 Einheiten der Selbstverwaltung auf der subregionalen und lokalen Ebene (vgl. REETZ 2007, S. 22). Auf der untersten Ebene mit den kleinräumigsten Einheiten teilten sich die freien Städte (lettisch „republikas pilsētas“), Städte (lettisch „pilsētas“), Städte des ländlichen Raumes (lettisch „pilsētu lauku teritorijas“) sowie Gemeinden (lettisch „pagasti“) die Verwaltungs- und Planungsaufgaben. Darüber gab es - wie bereits erwähnt - auf der zweiten, regionalen Verwaltungsebene 26 Bezirke

3.1.1 Die Rolle der Kommunen

Die lokale Verwaltungsebene der Kommunen wurde in ihrem Aufbau kaum durch die Regionalreform beeinflusst. Mit der Unabhängigkeit und der Einführung der kommunalen Selbstverwaltung erhielten die Kommunen eine Vielzahl von Befugnissen, um die eigene Entwicklung des Stadt- bzw. Gemeindegebietes zu gestalten. Hierbei wurde laut VANAGS (2005, S. 17) auch das Subsidiaritätsprinzip eingeführt (Artikel 15 des ‚Gesetzes über die administrative Gebietsreform‘). Seither dürfen Institutionen eines höheren Ranges lediglich die Aufgaben ausüben, deren Übertragung an Institutionen unteren Ranges nicht möglich ist, beziehungsweise die von Institutionen des unteren Ranges nicht effektiv erfüllt werden können.

Artikel 15 des ‚Gesetzes über die Selbstverwaltung‘ zufolge sind die Kommunen für 17 permanente Aufgaben zuständig. Bei diesen übertragenen Aufgaben handelt es sich mitunter um die Errichtung und Erhaltung der Infrastruktureinrichtungen, die Wasser- und Energieversorgung, den Umweltschutz, die wirtschaftliche Entwicklung sowie Entwicklung der Wirtschaftspläne, die Raumplanung einschließlich der Aufstellung von Flächennutzungsplänen (lettisch „Pilsētas (pagasta, novada) teritorijas plānojums“) und Bebauungsplänen (lettisch „detalais plānojums“), die Bildung und Kultur der Kommune (MIKA 2004, S. 60).

Darüber hinaus können Städte heute auf freiwilliger Basis regionale Aufgaben übernehmen. Dabei muss allerdings sichergestellt werden, dass sie die Zuständigkeiten anderer Selbstverwaltungs- oder staatlicher Institutionen nicht verletzen. Als umfassendste dieser zeitlich gebundenen Aufgaben schätzt SCHÜRING (2010, S. 54) die Durchführung der Bodenreform und die Wiederherstellung von Eigentumsrechten im Rahmen der Privatisierung öffentlichen Eigentums ein.

Um die kommunalen Funktionen bestmöglich zu erfüllen, müssen die Staatsinteressen mit den Interessen der Einwohner und der Kommune gegenseitig abgewogen werden. Außerdem wird der Querschnittsbezug auf der lokalen Ebene sichergestellt, indem die Planungsaufgaben von verschiedensten Institutionen ausgeführt werden, gemäß der ‚Verordnung Nr. 1.148‘ des Ministerkabinetts vom 06.10.2009. Darüber hinaus nehmen diese Institutionen Stellung zu dem ausgearbeiteten Entwürfen der Flächennutzungspläne (vgl. RAPLM 2010).

Die Gebietskörperschaften können eigene Institutionen gründen, welche bei der Bewältigung der kommunalen Aufgaben unterstützend wirken sollen. Diese Institutionen

werden vorrangig aus ihrem Anteil an der Einkommenssteuer finanziert, welcher sich gemäß VON BELOW (2004) auf etwa 61% des Haushalts beläuft. Außerdem erhalten die Kommunen zweckgebundene staatliche Zuweisungen, etwa für die medizinische Versorgung der Kommunalkrankenhäuser, und Zuweisungen der EU.

3.1.2 Die Bezirksebene vor der Regionalreform 2008/09

Die subregionale Verwaltungsebene der Bezirke (lettisch ‚rajons‘) existierte, wie bereits erwähnt, bis 2009 und wurde durch die Regionalreform zum 01. Juli abgeschafft.

Die freiwilligen Bezirke unterscheiden sich in ihren Aufgaben und dem Aufbau von den Kommunen, so VANAGS (2005, S. 17). Kommunen konnten sich auf freiwilliger Basis zu Bezirken zusammenschließen und so ihre Interessen koordinieren. Aufgabenfelder der Bezirke waren beispielsweise der Katastrophenschutz, der öffentliche Verkehr, die Fort- und Weiterbildung von Lehrern, die Erstellung von Wirtschaftsplänen des Bezirks oder die Abfallentsorgung. Diese Themenfelder fallen seit 2009 zum Großteil in die Zuständigkeitsbereiche der Regionen, einige Aufgaben wurden jedoch auch direkt an die lokalen Selbstverwaltungen dirigiert.

Trotz der engen Zusammenarbeit standen die Kommunen mit den Bezirken in keinem Subordinationsverhältnis. SCHÜRING (2010, S. 54) betont, dass freiwillige Bezirke *„in Lettland keine den Kommunen hierarchisch übergeordnete, mit Weisungsbefugnis ausgestattete Verwaltungsebene“* bildeten und auch *„keine Aufsichtsfunktion“* hatten.

Dies galt jedoch nicht für die Bezirksverwaltungen der 26 definierten Bezirke: Bei den neun freien Städten fielen Kommunal- und Regionalverwaltung zusammen. Hier verfolgte die Regionalverwaltung einerseits die gesetzlich festgelegten Aufgaben und andererseits auch die von den Kommunen übertragenen Aufträge. Der Bezirksrat, welcher die 26 Bezirke vertrat, setzte sich aus Abgeordneten der Gemeinde- und Stadträte zusammen. Die Bezirke verfügten über einen eigenen unabhängigen Haushalt, da ihre Finanzierung fast gänzlich durch allgemeine Zuschüsse des Staats- und Selbstverwaltungsfonds erfolgte (vgl. SCHÜRING 2010, S. 55).

3.1.3 Die nationale Ebene der lettischen Raumordnung

Ein für das gesamte Land rechtlich bindender Raumordnungsplan existiert in Lettland nicht. Nichtsdestoweniger legt die ‚Strategie zur nachhaltigen Entwicklung Lettlands bis 2030‘ (lettisch *‘Latvijas ilgtspējīgas attīstības stratēģija 2030’*), ein Dokument zur lettischen Raumordnung auf nationaler Ebene, mittel- und langfristige räumliche Entwicklungsperspektiven dar. Die Aufstellung der Raumpläne auf nachgeordneten Ebenen erfolgt in Einklang mit der Strategie. Insofern gibt die nationale Raumordnung einen gewissen Rahmen für die Planungen der Regionen und Kommunen vor, wie Alda NIKODEMUSA (2010) hervorhebt. Daneben trifft die Regierung einige verbindliche Regulierungen zu raumrelevanten Themen von nationalem Interesse: dies ist der Fall in verschiedenen Gesetzen zum Umweltschutz, Naturschutz, Schutz von Kulturdenkmälern, zur Regionalentwicklung, Rohstoff- oder Landnutzung sowie Verordnungen zu den Themen Land- und Forstwirtschaft, Wasser, Bauwirtschaft oder

Transport (vgl. COMMIN 2007). Diese Regulierungen müssen in die Planungsprozesse der untergeordneten Planungsebenen integriert und teilweise auf regionaler oder lokaler Ebene weiter konkretisiert werden.

Mit dem ‚*Plan zur nationalen Entwicklung 2007-2013*‘ (*National Development Plan 2007-2013*) existiert ein weiteres wichtiges Planungsdokument, welches zentrale politische Leitlinien für die staatliche räumliche Entwicklung beschreibt. Zwar ist auch dieser Plan rechtlich nicht bindend, allerdings stellt er doch einen Konsens über die anzustrebende Entwicklung des gesamten Landes in der nationalen Raumordnung dar. Kapitel 4 über die Künftige Ausrichtung der Lettischen Raumordnung geht noch einmal dezidiert auf den ‚*Plan zur nationalen Entwicklung 2007-2013*‘ ein.

Wichtige Aufgaben der Raumordnung sind auf der nationalen Ebene angesiedelt. Erstens evaluiert das Ministerium für Regionalentwicklung und Kommunalverwaltung die raumbedeutsamen sektoralen Entwicklungspläne, Raumpläne der Kommunen, freien Städte sowie Regionen und überprüft diese auf Rechtsgültigkeit. Zweitens ermöglicht es eine besondere Gesetzgebung, dass das Ministerium Entscheidungen über Planungen zur Raumentwicklung der kommunalen Gebietskörperschaften treffen kann, sofern die Kommune in diesen Belang noch keine eigene Regelung getroffen hat. Hierfür benötigt das Ministerium allerdings einen ausdrücklichen Antrag von Seiten der betreffenden Kommune. Drittens betreut das Ministerium die Erhebung und Archivierung der Datenbank zur Raumentwicklungsplanung (vgl. NORDEN 2008, S. 9).

3.1.4 Die Regionalreform 2008/09

Bereits seit Mitte der 1990er Jahre wird eine Neustrukturierung der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung von verschiedenen lettischen Regierungen für notwendig erachtet. Zahlreiche Argumente sprechen für eine Regionalreform in Lettland:

Zunächst einmal führt eine Reduktion der Masse der mehr als 500 eigenständigen kommunalen Einheiten zur Schaffung von administrativ handlungsfähigen Verwaltungsgrößen (vgl. SAARTS 2009). Beinahe 75% der Kommunen bestanden noch bis zum Jahr 2008 aus weniger als 2.000 Einwohnern. Die kleinste Gemeinde *Ipiki* im Bezirk *Valmiera* hatte im Jahr 2000 lediglich 393 Einwohner (vgl. REETZ 2000, S. 1). Mit einer solch geringen Größe ist es Kommunen nicht möglich, sich effizient, eigenständig und selbst gesteuert zu entwickeln. Durch die Zusammenlegung von Kommunen sowie die Übertragung öffentlicher Aufgaben an die entsprechend geeignete Verwaltungseinheit sollen größere lokale Verwaltungsgebiete entstehen (vgl. VON BELOW 2004). Dies ist auch unter wirtschaftlichem Aspekt erforderlich, denn das Transformationsland kann die Kosten der Selbstverwaltung, insbesondere in den strukturschwachen Regionen, nur bedingt tragen (vgl. REETZ 2000, S. 2).

Ferner soll die Regionalreform dazu beitragen, dass die Rivalitäten der Kommunalverwaltungen untereinander sowie auch mit den Bezirken behoben werden. Bisher hatte dieser auch von staatlicher Seite geförderte Konkurrenzkampf die Entscheidungsfindung auf Bezirksebene behindert. SCHÜRING (2010, S. 55) weist darauf hin, dass die Aufgabenverteilung auf lokaler Ebene in mancher Hinsicht irrational erschien.

Schließlich zielt die Regionalreform in Lettland auf eine verbesserte Ergebnisorientierung der Planungen, die Förderung der ökonomischen Entwicklung sowie die Bereitstellung hochwertiger Dienstleistungen ab, so Alda NIKODEMUSA (2010).

Im Rahmen der Gebietsreform wurden 2008/09 die Bezirke (lettisch ‚rajons‘) abgeschafft und deren Zuständigkeiten an die regionale Ebene übertragen (siehe Abbildung 3).

Abb. 3: Die administrative Einteilung Lettlands in die ehemaligen Bezirke (districts) und die aktuellen (Planungs-)Regionen



Quelle: RAPLM 2006, S. 47

Ziele waren hierbei die gemeinsame Aufstellung von Regionalentwicklungsplänen, Aktionsprogrammen sowie die Gründung von Regionalentwicklungsagenturen (lettisch ‚attīstības aģentūra‘). Gesetzesgrundlage für die Arbeit der Kommunen und Regionalverwaltungen an der Einführung der (Planungs-)Regionen ist das ‚Gesetz über die Entwicklungsplanung der Territorien‘ (vgl. SCHÜRING 2010, S. 57). Seit der Verabschiedung der Gebietsreform durch das lettische Parlament, die Saeima, gibt es anstatt der subregionalen nun eine regionale Verwaltungsebene in Lettland. Auf dieser neuen Ebene blieben die neun freien Städte mit ihrem eigenen Stadtrat sowie eigener Verwaltung bestehen. Darüber hinaus kam es zu einer Zusammenlegung der Städte (lettisch ‚pilsētas‘), Städte des ländlichen Raumes (lettisch ‚pilsētu lauku teritorijas‘) sowie Gemeinden (lettisch ‚pagasti‘) zu 109 Einheiten (lettisch ‚novadi‘), etwa vergleichbar mit den deutschen Landkreisen (vgl. INNOVATION CIRCLE NETWORK 2009). Die Anzahl der Einheiten hat sich also fast um das Fünffache verringert. SAARTS (2009) zufolge bestehen die Kommunen durchschnittlich aus etwa 10.000 Einwohnern, wobei die große Mehrzahl mindestens 5000 Einwohner aufweist.

3.1.5 Die Verwaltungsebene der (Planungs-)Regionen seit der Regionalreform

Als Verbindungsglied zwischen den kommunalen Selbstverwaltungen und der nationalen Ebene wurden die Regionen als intermediäre Verwaltungsebene eingeführt. Das Ministerkabinett beschloss bereits 2004 die Einführung der (Planungs-)Regionen (lettisch ‚*Latvijas plānošanas reģioni*‘), welche sich an den kulturhistorischen Regionen Lettlands orientieren, deren Grenzen sich allerdings an die administrativen Grenzen der Kommunen und Bezirke halten (UNDP LATVIJA 2005, S. 23).

Die fünf (Planungs-)Regionen *Rīga*, *Kurzeme*, *Latgale*, *Vidzeme* und *Zemgale* ersetzen seit dem 01. Juli 2009 die ehemaligen Bezirke und übernehmen ein Gros der Aufgaben der Bezirksverwaltungen sowie weitere dezentralisierte Staatsaufgaben. Die (Planungs-)Regionen arbeiten auf der Grundlage von gegenseitigen Kooperationsvereinbarungen zusammen. Unterstützt werden sie dabei finanziell von der staatlichen Regierung, um die Verwaltungskapazität der Regionalentwicklungsagenturen zu stärken (SCHÜRING 2010, S. 57).

Auch auf regionaler Ebene werden Raumpläne konzipiert, welche für die untergeordneten Planungsbehörden rechtlich bindend sind (vgl. COMMIN 2007).

Die freien Städte (*Rīga*, *Daugavpils*, *Jelgava*, *Jūrmala*, *Liepāja*, *Rezekne*, *Ventspils*, *Valmiera*, *Jekabpils*) übernehmen verschiedene Doppelfunktionen. Als Wirtschaftszentren der (Planungs-)Regionen zählen sie „zu den zentralen Orten des Landes und stellen Wachstumspole dar“, wie SCHÜRING (2010, S. 52) veranschaulicht. Vor 2009 nahmen sie neben ihren kommunalen Pflichten gleichzeitig die Aufgaben eines Bezirkes wahr. Nun sollen einige von ihnen als besondere funktionale Zentren der fünf (Planungs-)Regionen fungieren. Allerdings weist KRISJANE (2009) darauf hin, dass die Zentren dieser fünf (Planungs-)Regionen (lettisch ‚*reģioni*‘) aufgrund von Rivalitäten zwischen verschiedenen Städten noch nicht ausgewiesen werden konnten.

3.2 Herausforderungen der Regionalreform

Die Umsetzung der kommunalen Gebietsreform erwies sich als große Herausforderung, da mehrere Faktoren ihre Verwirklichung zunächst behinderten. Einen wichtigen Grund sieht VON BELOW (2004) in der „*Kurzlebigkeit und Instabilität der Regierungen*“, welche sich nur schwerlich gegen Proteste aus der kommunalen Ebene durchsetzen konnten. Im Zuge dessen hemmte die Verzögerung der Reform teilweise die regionale Entwicklung, da einige Kommunalpolitiker der Doppelbelastung, bestehend aus Reformverhandlungen und kommunalem Tagesgeschäft, nicht gewachsen waren.

Bedauerlicherweise fiel der Abschluss der Regionalreform genau in die Zeit, zu der Lettland die Auswirkungen der Wirtschaftskrise bewältigen musste. Die schwierige ökonomische Situation in den Jahren 2008/09 konfrontierte den Staat mit neuen Herausforderungen, da die Rettung der größten Bank Lettlands und des Baltikums enorme Staatsverschuldungen mit sich zog (vgl. BLAZAUSKAS et al. 2009, S. 575). Generalsekretär des Lettischen Verbands der Lokal- und Regionalverwaltungen PRIEDE erklärt, dass die neuen Gemeinderäte sich aufgrund der wirtschaftlichen

Rahmenbedingungen gezwungen sahen, bereits bei ihrem Amtsantritt harte Entscheidungen zu fällen (vgl. INNOVATION CIRCLE NETWORK 2009):

- Schließungen von Schulen, bei gleichzeitiger Sicherstellung, dass alle Schüler eine andere Schule erreichen können;
- Einführung neuer Strukturen innerhalb der Kommunen und die Reduktion von kommunalem Personal;
- Vorbereitung von Budgetnachbesserungen zur Sicherstellung der notwendigen Sozialhilfe.

PRIEDE betont, dass es noch zu früh sei, die Regionalreform zu evaluieren und Aussagen über deren Erfolge treffen zu können.

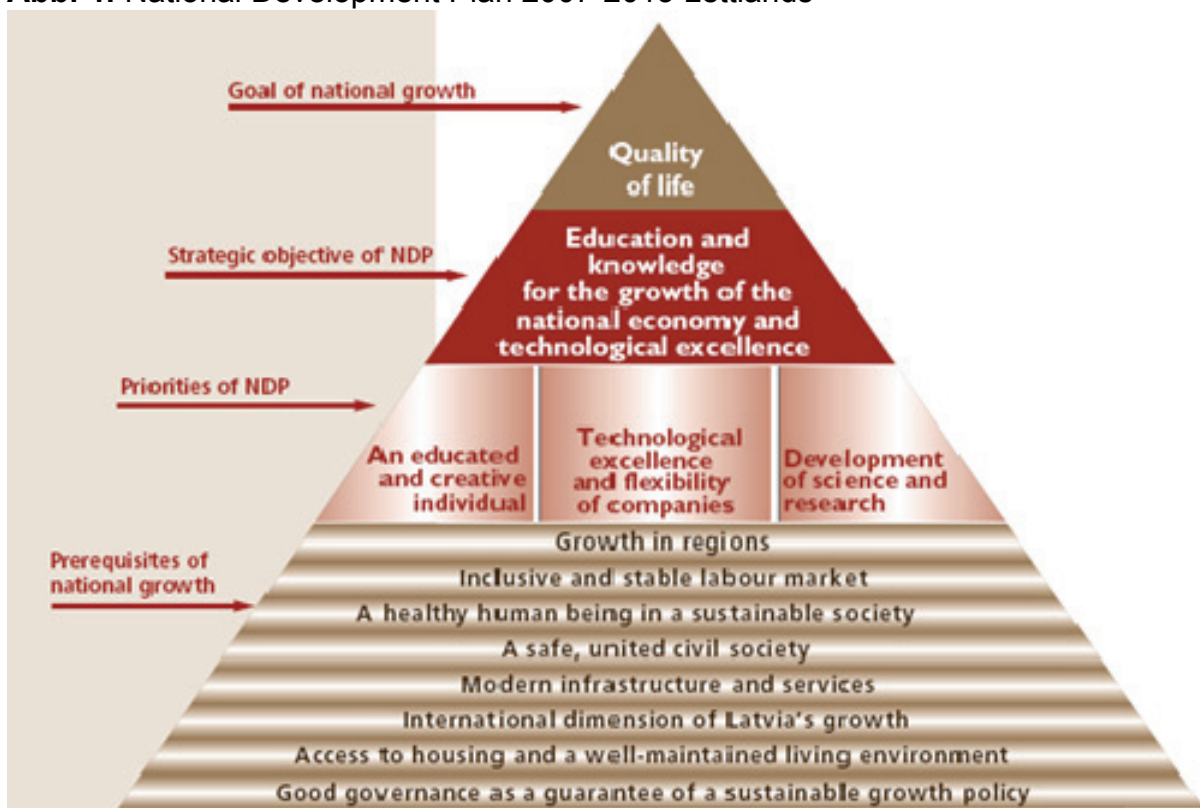
Es wird ersichtlich, dass das derzeitige Planungssystem Lettlands das Resultat langer und intensiver Diskussionen über die Reformation der Verwaltung darstellt. Verschiedenste Versionen wurden besprochen, so beispielsweise auch Lösungen mit 167, 102 oder lediglich 33 Kommunen (vgl. SAARTS 2009). Der tiefgehende Diskurs verdeutlicht, dass die Raumordnung und Raumentwicklung als bedeutende und zukunftsweisende staatliche Aufgaben verstanden werden. Welche Ziele die Raumordnung Lettlands künftig verfolgt, wird beispielsweise im ‚Plan zur nationalen Entwicklung 2007-2013‘ beschrieben.

4. Künftige Ausrichtung der Lettischen Raumordnung

4.1 Der National Development Plan

Neben den im Kapitel 3.1.3 genannten Gesetzen zur Raumordnung wurde 2006 ein weiteres essentielles Planungsdokument auf nationaler Ebene veröffentlicht, welches die Leitlinien der räumlichen Entwicklung Lettlands beschreibt. Der ‚Plan zur nationalen Entwicklung 2007-2013‘ (‚National Development Plan 2007-2013‘) gibt COMMIN (2007) zufolge die zentralen politischen Leitziele der lettischen Raumordnung vor. Dieser Plan hat zwar eher Maßstabscharakter und ist nicht verbindlich, allerdings übt er eine richtungsweisende Wirkung auf die Landesentwicklung aus. Abbildung 4 veranschaulicht den Aufbau der Leitziele des Plans.

Abb. 4: National Development Plan 2007-2013 Lettlands



Quelle: RAPLM 2006, S.13

Folgende Faktoren wurden in dem mittelfristigen Planungsdokument als Voraussetzung künftiger räumlicher Entwicklung definiert: starke Gemeinden und Regionen, eine polyzentrische Entwicklung sowie die Verbesserung des Planungssystems.

Mit der 2008/09 durchgeführten Regionalreform verbinden sich Hoffnungen, dass die Verwirklichung dieser Leitziele sowie eine nachhaltige räumliche Entwicklung Lettlands auf den Weg gebracht werden. Außerdem sollen Netzwerke zwischen Städten, aber auch zwischen Stadt und Land ausgebaut werden und die Aspekte der Nachhaltigkeit auch in Planungsfragen eine größere Rolle spielen. Gekoppelt mit einer intensiven Kooperation sowie Koordination der verantwortlichen Akteure sollen diese Maßnahmen zu einer verbesserten räumlichen Entwicklung in Lettland beitragen. Anzustrebende Ziele der regionalen Entwicklung sind Wettbewerbsfähigkeit durch

die Nutzung bereits vorhandener Potenziale sowie Kohäsion durch die Förderung unterentwickelter Gebiete.

So wie die anderen neuen EU-Mitgliedstaaten strebt auch Lettland danach, ein durchschnittliches Level an sozialem und wirtschaftlichem Wohlstand in der EU zu erreichen. Dieses Leitziel wird auch im lettischen ‚*National Development Plan 2007-2013*‘ aufgeführt.

Die Schwerpunkte der festgelegten Leitlinien entstanden in Anlehnung an die Positionen des Europäischen Raumentwicklungskonzepts EUREK sowie der Territorialen Agenda der EU (vgl. BLAZAUSKAS et al. 2009, S. 575). Diese Abstimmung der lettischen Raumordnung mit den Themenschwerpunkten und Perioden der Planungszeiträume der EU veranschaulicht die Integration Lettlands in die europäische Raumentwicklung. Die 15 EU-Mitgliedstaaten strebten bei der Erstellung des EUREK (EUROPÄISCHE KOMMISSION 1999, S. 48) eine „*besonders intensive Zusammenarbeit*“ mit den elf Beitrittsstaaten an. Seit dem Beitritt Lettlands in die Europäische Union im Jahr 2004 konnte die fachliche und finanzielle Unterstützung der lettischen Raumentwicklung noch deutlich erweitert werden.

4.2 Künftige Herausforderungen der lettischen Raumordnung

Lettland muss hinsichtlich seiner räumlichen Entwicklung künftig noch einige Herausforderungen meistern. Hierzu können teilweise strukturelle Änderungen in der Raumordnung beitragen, teilweise ist ein inhaltliches Umdenken erforderlich.

Eine wichtige Aufgabe der Raumordnung ist es, die verfestigten monozentrischen Strukturen Lettlands aufzulockern um die Hauptstadt Rīga zu entlasten und die peripheren Räume in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Während der Sowjetischen Herrschaft wurde von dem zentralistischen Planungssystem top-down eine polyzentrische Raumentwicklung in Lettland verfolgt. Seit Beginn der 1990er Jahre kam es zur Dezentralisierung des lettischen Planungssystems, weshalb die Koordination einer polyzentrischen Raumordnung auf nationaler Ebene erschwert wurde.

Hinzu kommt, dass der Ansatz der funktionalräumlichen Gliederung in der Vergangenheit zur Formation einer sehr unausgeglichene Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur beigetragen hat (vgl. BLAZAUSKAS et al. 2009, S. 575). Doch diese Auffassung ist unter den politischen Entscheidungsträgern noch nicht allzu lang vertreten. Im Jahr 2002 sprach sich der damalige ‚Minister für die Sonderaufgabe der Reformierung der öffentlichen Verwaltung‘ (Englisch ‚*Minister for Special Assignment on Public Administration Reform*‘) KRUMINS für eine zunehmende Unterstützung von weniger entwickelten und rückständigen Gebieten aus. Er forderte die Implementierung einer regionalen Ebene, um eine dezentralisierte und auf den jeweiligen Raum abgestimmte Regionalpolitik einzuführen. KRUMINS glaubte aber, mit seiner Forderung zu diesem Zeitpunkt die Mehrheit der lettischen Entscheidungsträger gegen sich zu haben (vgl. KRUMINS 2002, S. 226). In den vergangenen Jahren hat sich scheinbar das Bewusstsein in der Planungsphilosophie demgegenüber geschärft, denn heute sind die Leitziele einer polyzentrischen und dezentralisierten Entwicklung in wichtigen Planungsdokumenten fest verankert. Vermutlich spielt dabei der EU Beitritt Lettlands eine gewisse Rolle. Als neuer Mitgliedsstaat der Europäischen Union

erhält das Land nun bessere Unterstützung und Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte, welche eine Dezentralisierung unterstützen (z.B. Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung EFRE).

Als mögliche Lösungen schlagen BLAZAUSKAS et al. (2009, S. 575) den Ausbau des Tourismussektors in küstennahen Regionen vor. Denkbar wären außerdem die Stärkung der größeren Städte Daugavpils, *Liepāja* oder *Ventpils* als zusätzliche funktionale Zentren mit sich ergänzenden Hauptfunktionen, die Diversifizierung der Landwirtschaft oder der Ausbau von Industriesektoren mit höherer Wertschöpfung, der Kreativwirtschaft oder des Dienstleistungssektors.

Inwiefern sich eine polyzentrische Raumentwicklung aber praktisch realisieren lässt, bleibt abzuwarten. Solange beispielsweise alle staatlichen Institutionen wie Ministerien oder auch die größten Unternehmen in Rīga bleiben, wird es nicht leicht sein, andere starke Wirtschaftsstandorte im Land aufzubauen.

Die Koordination der sektoralen Pläne und Programme ist eine weitere Herausforderung, die von der Lettischen Raumordnung bewältigt werden sollte (vgl. BLAZAUSKAS et al. 2009, S. 574). Hier sind ebenfalls erste Verbesserungsanzeichen sichtbar: Mit Hilfe von Kontrollmechanismen und Partizipation konnte eine höhere Effizienz und Ergebnisorientierung erreicht und gleichzeitig die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung Lettlands unterstützt werden.

In der lettischen Raumordnung bedarf es an gewissen Stellen noch einer verbesserten Abstimmung. Das ergeben auch persönliche Einschätzungen der Mitarbeiter des Ministeriums für Regionalentwicklung und Kommunalverwaltung in Lettland (lettisch *„Reģionālās attīstības un pašvaldību lietu ministrija“*). So konstatiert beispielsweise die Leiterin der Abteilung für Raumplanung in der Landesplanungsabteilung des Ministeriums Alda NIKODEMUSA (2010), dass es bei den Raumplänen der auf lokaler/regionaler Ebene verschiedenste Herausforderungen zu meistern gilt. Da die Pläne erst nach und nach aufgestellt wurden, unterscheiden sich die Karten häufig in ihren Legenden. Das Angleichen der Symbole, Signaturen und Farben sei ein enormer Aufwand und bei Betrachtung des Nutzens einer einheitlichen Karte wurde zunächst ein Kompromiss geschlossen: Alle neu entstehenden Raumpläne sollen an die der Nachbarkommunen/-regionen angeglichen werden.

Auch die Kartenmaßstäbe der Pläne erwiesen sich NIKODEMUSA (2010) zufolge als unpraktisch, da sie verhältnismäßig klein gewählt wurden: Flächennutzungspläne der Kommunen werden im Maßstab 1: 10 000 dargestellt, Pläne für die Regionen mit dem Maßstab 1: 50 000.

Die Motivation zur Partizipation der Bevölkerung in Planungsfragen bereitet ebenfalls einige Schwierigkeiten. Das Engagement der Interessengruppen ist für das Ergebnis und eine erfolgreiche Implementierung der Planungen unbedingt erforderlich. Doch wie in vielen post-sowjetischen Ländern muss auch in Lettland die Kultur der aktiven politischen Beteiligung noch verstärkt in der Bevölkerung und den Interessengruppen gefördert werden (vgl. PAALZOW 2006, S. 195).

BLAZAUSKAS et al. (2009, S. 585) stellen des Weiteren fest, dass internationale Kooperationen sowie auch nachbarstaatliche Zusammenarbeit gestärkt werden

könnten und sollten. Daneben beeinträchtigen die regionalen sowie die sozialen Unterschiede in den Lohnniveaus, der wirtschaftlichen Entwicklungen, der Produktivität, der Zahlungskraft oder den Lebensstandards noch immer eine ausgeglichene räumliche Entwicklung.

4.3 Ausblick

Abschließend lässt sich sagen, dass der ökonomische Wandel die regionalen Disparitäten in Lettland zumindest kurz- bis mittelfristig noch verstärken wird. Zu diesem Schluss kommt PAALZOW (2006, S. 189). Die Metropolregion Rīga sowie die westlichen Regionen Lettlands (*Kurzeme* Region mit den Hafenstädten *Liepāja* und *Ventspils*) konnten den wirtschaftlichen Aufschwung besser nutzen als die ländlicheren, weiter östlich gelegenen Landesteile. Seit die Metropolregion Rīga das Gros des ausländischen Kapitals, neuer Unternehmen sowie Joint Ventures anlockte, haben sich die Zentrum-Peripherie Disparitäten noch vergrößert. Auch die Hafenstädte *Ventspils* und *Liepāja* profitierten von den neuen Handelsgelegenheiten. Während der Finanzkrise zeigte sich, dass die Zentren auch etwas besser auf die radikalen Wirtschaftseinbrüche reagieren konnten. Künftig wird Rīga vermutlich vermehrt internationale Funktionen in der Ostseeregion ausüben (vgl. BLAZAUSKAS et al. 2009, S. 585).

Die Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise auf die Implementierung der Regionalreform 2008/09 können bisher noch nicht abgeschätzt werden. Dennoch gibt ein Blick in die jüngste Geschichte Grund zum Optimismus hinsichtlich der institutionellen Neugestaltung: Der wirtschaftliche Kollaps aus dem Jahr 1995 wurde im Zuge von strukturellen Reformen und der Mobilisierung der Gesellschaft sowie der Verwaltung auf allen Ebenen von einem hohen Wirtschaftswachstum bis zum Jahr 2008 gefolgt (vgl. BLAZAUSKAS et al. 2009, S. 575). Heutzutage konzentrieren sich die institutionellen Veränderungen auf die Entwicklung einer effektiveren öffentlichen Dienstleistung, Antikorruptionsmaßnahmen sowie eine gezieltere Unterstützung der Exportindustrien und Industrien mit einer hohen Wertschöpfung.

In der lettischen Raumordnung und Raumentwicklung sind die Spuren der Sowjetzeit noch immer sichtbar. PAALZOW (2006, S. 195) weist darauf hin, dass sich der Transformationsprozess und die Integration in die Europäische Union als hoch komplexe Vorgänge erwiesen haben. Es ist deshalb wichtig zu bedenken, dass eine reine Übertragung von westlichen Ideen und Strukturen nicht geeignet sein wird, die Herausforderungen der osteuropäischen Transformationsländer zu bewältigen. Daher passt auch die Europäische Regionalpolitik, welche sich beispielsweise in dem Europäischen Raumentwicklungskonzept EUREK, der Territorialen Agenda der EU oder den Strukturfonds niederschlägt, nicht vollkommen zu den lettischen Rahmenbedingungen oder den Bedürfnissen der Raumentwicklung. Die politischen Entscheidungsträger und Planer Lettlands müssen aktiv Verantwortung übernehmen und eigenständig Lösungen für ihre individuellen Problemstellungen finden. Bisher wurden bereits eine Vielzahl innovativer Ansätze entwickelt und umgesetzt, aber PAALZOW (2006, S. 195) stellt klar, dass dieser Prozess auch in Zukunft aufrechterhalten werden muss.

5. Erfahrungsbericht: Studium und Praktikum in Lettland (Rīga)

Aus Interesse an Europa und an den politischen, gesellschaftlichen und planerischen Entwicklungen der neuen EU-Mitgliedsstaaten habe ich vom August 2009 bis zum Juni 2010 als ERASMUS-Studentin an der Lettischen Universität in Rīga studiert. Während dieses einjährigen Auslandsaufenthalts konnte ich das umfangreiche Lehrangebot der Universität in Anspruch nehmen und auf diese Weise sehr viel über die lettische Geographie, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft erfahren. Auf zahlreichen Exkursionen und privaten Ausflügen durch die Regionen Lettlands und des Baltikums wurden die kulturhistorischen Teilräume direkt erlebbar.

Im März 2010 absolvierte ich parallel zum Studium (die Masterkurse werden gezielt nur abends angeboten, um den Studenten die Möglichkeit zu geben, tagsüber einen Beruf auszuüben) ein vierwöchiges Praktikum im Sekretariat der Raumplanungsinitiative der Ostseeregion VASAB in Rīga. Dort konnte ich an der Konzeption, Organisation und Evaluation interministerieller Konferenzen und Workshops zu aktuellen Themen der Raumplanung mitwirken. Durch das Praktikum bei VASAB gewann ich nicht nur einen tieferen Einblick in die Lettische und Europäische Raumentwicklungspolitik, sondern lernte auch interessante Persönlichkeiten und Raumplaner kennen. So zum Beispiel den Chef des VASAB Sekretariats Talis Linkaits oder die Leiterin der Abteilung für Raumplanung in der Landesplanungsabteilung des Ministeriums für Regionalentwicklung und Kommunalverwaltung Alda Nikodemusa. In verschiedenen Gesprächen erörterten die beiden ihre persönlichen Ansichten zur lettischen Raumordnung und -entwicklung. Auch Professorin Zaiga Krisjane, tätig am Lehrstuhl für Humangeographie an der lettischen Universität, besprach in ihren Vorlesungen zur Geographie Lettlands verschiedene Themen zur Raumplanung.

Mit diesem Wissen und nach gründlicher Literaturrecherche wurden in dem vorliegenden Beitrag die wichtigsten Aspekte der lettischen Raumordnung und Raumentwicklung herausgearbeitet. Dabei erwies sich die Literaturrecherche als gewisse Herausforderung, da Fachartikel und –dokumente häufig nur in Lettischer oder Englischer Sprache vorzufinden waren. Die Übersetzungen ins Deutsche orientieren sich an einigen wenigen deutschsprachigen Artikeln oder sind als sinngemäße Übersetzungen zu betrachten.

Rückblickend kann ich über meinen Auslandsaufenthalt in Lettland sagen, dass das Eintauchen in eine fremde Kultur und die vielen Begegnungen mit interessanten Menschen aus den verschiedensten Ländern eine absolute Bereicherung für mich waren.

Literaturverzeichnis

ARONS, S. (2000): Die Pubertät der lettischen Politik. Saeima-Abgeordnete im Gespräch. –In: SAPPER, M (Hrsg.): Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas. Eine Reise zur Osterweiterung des europäischen Denkens. Sonderveröffentlichung des Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim (FKKS). Mannheim, S. 77-82.

BLAZAUSKAS, N./ FEDOROV, G./ KLIMENKO, N./ KÜLE, L./ NOORKOIV, R./ SEMENKEVICH, D. (2009): Potentials of the East- Baltic States, Russia and Belarus. –In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 8/9, S. 569- 586.

DECKERS, B. (2003): Die raumstrukturelle Wirkung von Transformation und EU-Osterweiterung. Zur Rolle der ortsansässigen Bevölkerung bei der Regionalentwicklung im nördlichen deutsch-polnischen Grenzraum. –In: Greifswalder Geographische Arbeiten Bd. 32, 179 S.

EUROPÄISCHE KOMMISSION [Hrsg.] (1999): EUREK Europäisches Raumentwicklungskonzept. Auf dem Wege zu einer räumlich ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Europäischen Union. Luxemburg, 93 S.

EUROPÄISCHES PARLAMENT (2008): Fachreferat Strukturpolitik und Kohäsion. Governance und Partnerschaft in der Regionalpolitik. Brüssel, 96 S.

LATVIJAS REPUBLIKAS EKONOMIKAS MINISTRIJA (2010): Economic Development of Latvia. Report. Rīga, 144 S.

MELLUMA, A./ PENEZE, Z. (1999): Regionalentwicklung und Raumordnung in Lettland. –In: Geographische Rundschau 51, H. 4, S. 188- 192.

MIKA- MINISTRY OF THE INTERIOR AND KINGDOM AFFAIRS (2004): Cities in the New EU Countries. Positions, Problems, Policies. In Zusammenarbeit mit der Universität Utrecht. Fakultät Geowissenschaften. Amstelveen, 87 S.

NORDEN (2008): Recommendations for increase of the role of Euroregions/Cross-border cooperation structures in the spatial development process in the Baltic Sea Region (Lithuania, Latvia, Estonia, and Russia). Tallinn, 15 S.

PAALZOW, A. (2006): Barriers to Regional Development in the New Member States: The Latvian Experiment – In: ADAMS, N./ALDEN, J./HARRIS, N. [Hrsg.] (2006): Regional Development and Spatial Planning in an Enlarged European Union. Hampshire/Burlington, S.181-198.

REETZ, A. (2007): Lettland im Überblick. –In: REETZ, A. (Hrsg.): Aktuelle Probleme postsozialistischer Länder. Das Beispiel Lettland. Beiträge über Gesellschaft-Politik-Wirtschaft. Rīga, S. 14-36.

REETZ, A. (2000): Verwaltungs- und kommunale Gebietsreform in Lettland. Rīga, 14 S.

SCHÜRING, A. (2010): Die Regionalreform Lettlands als Beitrag zur Stärkung der regionalen Ebene? – In: MERTENS, I./ USUNOV, K.A. (Hrsg.): Raumplanerinnen und Raumplaner im Ausland- ausgewählte Erfahrungsberichte. Dortmunder Beiträge zur Raumplanung, Dortmund, S. 49- 62.

UNDP LATVIJA (2005): Latvia. Human Development Report. Human Capability in the Regions. Rīga, 148 S.

VANAGS, E. (2005): Development of Local Government Reforms in Latvia. Rīga, S. 15- 24.

Internetquellen

BALTIC21 (2010): About Baltic 21. www.baltic21.org (14.09.2010)

BBSR- BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (2009): Raumplanung- und Entwicklung in der Ostseeregion. Raumplanungssysteme in der Ostseeregion – Übersicht. –In: Informationen zur Raumentwicklung 8/9.2009 Begleitinformationen zum Heft
www.bbsr.bund.de/cln_016/nn_23470/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/lzR/2009/8__9/begleitinformationen.html (17.09.2010)

COMMIN (2007): National Planning Systems of all BSR countries. www.commin.org (14.09.2010)

COMPENDIUM Cultural Policies and Trends in Europe (2010): Latvia
www.culturalpolicies.net/web/latvia.php?aid=22 (21.09.2010)

DESTATIS (2010): Bevölkerungsdichte. [destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/EN/Content/Statistics/Internationale s/InternationalStatistics/Topic/Tables/BasicData__PopulationDensity,templateId=renderPrint.psml](http://destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/EN/Content/Statistics/Internationale_s/InternationalStatistics/Topic/Tables/BasicData__PopulationDensity,templateId=renderPrint.psml) (20.09.2010)

INNOVATION CIRCLE NETWORK (2009): Latvian Association of Local and Regional Governments joins IC. www.innovationcircle.net/latvian-association-of-local-and-regional-governments-joins-ic.4653658-91226.html (17.09.2010)

NORDREGIO (2003): Population density in the Baltic Sea Region- local level.
www.nordregio.se/?vis=artikel&fid=5701&id=0&menymagasin=ja&t=Maps%20%200Graphs (20.09.2010)

RAPLM (2010): The Ministry of Regional Development and Local Government.
www.raplm.gov.lv/pub/?lang=eng (21.09.2010)

RAPLM (2009): History and progress of territorial reform in Latvia.
www.raplm.gov.lv/uploads/filedir/History%20and%20progress%20of%20territorial%200reform%20in%20Latvia_web.pdf (21.09.2010)

RAPLM (2008): National Regional Policy- planning process and assessment procedures. www.raplm.gov.lv/uploads/filedir/National%20Regional%20Policy%20-%20planning%20process%20and%20assessment%20procedures_okt2008_final.pdf (21.09.2010)

RAPLM (2006): National Development Plan Latvia: planipolis.iiep.unesco.org/upload/Latvia/Latvia_National_development_plan_2007-2013.pdf (21.09.2010)

SAARTS, T. (2009): Constitutions and institutional design in the Baltic States Part II. Institute of Political Science and Public Administration, Tallinn. www.tlu.ee/opmat/ri/rit6006/institutionaldesign/5_2slaid.pdf (14.09.2010)

STATISTISCHES ZENTRALAMT LETTLAND/ Latvijas Statistika (2010): Demographische Indikatoren. Bevölkerung. www.csb.gov.lv/csp/content/?cat=2269 (20.09.2010)

VASAB Visions and Strategies around the Baltic Sea (2010): History. vasab.org/ (21.09.2010)

VIDES MINISTRIJA (2010): The history of the Ministry of Environment. www.vidm.gov.lv/eng/par_ministriju/vesture/ (21.09.2010)

VON BELOW, A. (2004): Lettlands Städte und Gemeinden zwischen der Ostsee und der EU-Ostgrenze. Hrsg. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Rīga www.kas.de/proj/home/pub/39/1/year-2004/dokument_id-5082/index.html (14.09.2010)

Persönliche Gespräche 2009/2010

Prof. Zaiga Krisjane

Lettische Universität

Lehrstuhl für Humangeographie

Adresse: Alberta Iela 10 (Raum 407), Rīga, LV-1010, Lettland

Talis Linkaits

Leiter des VASAB Sekretariats

Adresse: Elizabetes Iela 19, Rīga, LV- 1010; Lettland

Alda Nikodemusa

Leiterin der Abteilung für Raumplanung in der Landesplanungsabteilung
Ministerium für Regionalentwicklung und Kommunalverwaltung in Lettland
(lettisch ‚*Reģionālās attīstības un pašvaldību lietu ministrija*‘)

Adresse: Lacplesa Iela 27; Rīga, LV-1011; Lettland

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Die Lage Lettlands im Europa der EU25 und Lettland mit den größten Städten	1
Abbildung 2:	Einwohnerdichte in der Ostseeregion- lokale Verwaltungseinheiten	2
Abbildung. 3:	Die administrative Einteilung Lettlands in die ehemaligen Bezirke (districts) und die seit der Regionalreform 2008/09 gültigen (Planungs-)Regionen.	12
Abbildung 4:	National Development Plan 2007-2013' Lettlands	15

Schriften zur Raumordnung und Landesplanung (SRL)

Augsburg-Kaiserslautern

Herausgeber: Prof. Dr. jur. Konrad Goppel, Prof. Dr. Franz Schaffer,
Prof. Dr. jur. Willy Spannowsky, Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiß

Band 1 – Sonderband

Experimentelle Geographie und Planung – Festschrift für Franz Schaffer

Augsburg 1997, ISBN 3-00-002183-3

€ 39,-- (vergriffen)

Band 2

Gabi Troeger-Weiß

Regionalmanagement – Ein neues Instrument der Landes- und Regionalplanung

Augsburg 1998, ISBN 3-9806388-0-4

€ 42,-- (vergriffen, 2. Auflage Juni 2002)

Band 3

Anne Säfken

Der Event

in Regionen und Städtekooperationen – ein neuer Ansatz des Regionalmarketings?

Augsburg 1999, ISBN 3-9806388-1-2

€ 13,-- (vergriffen)

Band 4

Daniela Hechtel

Defizite und Verbesserungsmöglichkeiten beim Einsatz städtebaulicher Verträge

Zur Anwendung „weicher“ Methoden

Augsburg 1999, ISBN 3-9806388-2-0

€ 10,--

Band 5

Franz Schaffer, Karin Thieme (Hrsg.)

Lernende Regionen

Organisation – Management – Umsetzung

Augsburg 1999, ISBN 3-9806388-3-9

€ 20,-- (vergriffen)

Band 6

Muna Kopfmüller

Das Regionale Landschaftsentwicklungskonzept

Augsburg/Kaiserslautern 2001, ISBN 3-9806388-4-7

€ 13,-- (vergriffen)

Band 7

Antonia Leitz

Zur Ausweisung gemeinsamer zentraler Orte

Augsburg/Kaiserslautern 2001, ISBN 3-9806388-5-5

€ 13,-- (vergriffen)

Band 8

Eva Große

Zur Bedeutung der Neuen Technologiemesen der Neuen Messe München für ausgewählte High-Tech Betriebe in der Region München

Augsburg/Kaiserslautern 2002, ISBN 3-9806388-6-3

€ 13,--

Band 9

Willy Spannowsky, Karl-Wilhelm Porger

Die Ausübungen von Truppenübungsplätzen auf die städtebauliche Planung und die planungsrechtliche Zulässigkeit von Vorhaben, dargestellt am Beispiel des Landes Brandenburg

Augsburg/Kaiserslautern 2002, ISBN 3-9806388-7-1

€ 15,-- (vergriffen)

Band 10

Katrin Stech

Nachbarschaftliche Mentalität im bayerisch-tschechischen Grenzraum – Untersuchung im Rahmen des Pilotprojekts „Gute Nachbarschaft“

Augsburg/Kaiserslautern 2002, ISBN 3-9806388-8-X

€ 13,--

Band 11

Gunter Bühler

Regionalmarketing als neues Instrument der Landesplanung in Bayern

Augsburg/Kaiserslautern 2002, ISBN 3-9806388-9-8

€ 25,-- (vergriffen)

Band 12

Birgit Hohwiller

Möglichkeiten und Grenzen der Förderung von Unternehmensgründungen durch die städtebauliche Planung

Augsburg/Kaiserslautern 2002, ISBN 3-9806388-90-8

€ 18,-- (vergriffen)

Band 13

Henning Jaeger

Mittelbare Drittbelastung durch Erschließungsverträge und ihre Grenzen

Augsburg/Kaiserslautern 2003, ISBN 3-933103-91-6

€ 18,--

Band 14

Nicole Schäfer

Ansätze einer Europäischen Raumentwicklung durch Förderpolitik – das Beispiel INTERREG

Augsburg/Kaiserslautern 2003, ISBN 3-933103-92-4

€ 20,--

Band 15 – Sonderband „Wissenschaftliches Lesebuch“ (1. und 2. Auflage)

Franz Schaffer, Willy Spannowsky, Gabi Troeger-Weiß

Implementation der Raumordnung

Augsburg/Kaiserslautern 2003, ISBN 3-933103-93-2

€ 30,--

Band 16

Kerstin I. Schick

Die EU-Agrarreform in ihren möglichen Konsequenzen für die Entwicklung des ländlichen Raumes unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Bayern

Augsburg/Kaiserslautern 2004, ISBN 3-933103-95-9

€ 15,--

Band 17

Astrid Könönen

Das Zusammenwirken von Landesentwicklung und Euroregionen im deutsch-tschechischen Grenzraum

Augsburg/Kaiserslautern 2004, ISBN 3-933103-94-0

€ 25,--

Band 18

Katharina Franke

Möglichkeiten einer Stadtentwicklungsmesse im Rahmen der Leipziger Messe

Augsburg/Kaiserslautern 2005, ISBN 3-933103-96-7

€ 13,--

Band 19

Melanie Hoffarth

Der ländliche Raum als Verflechtungsraum? Perspektiven einer grenzüberschreitenden, nachhaltigen Entwicklung in den Gemeinden Philippsreut (D) und Strážný (CZ)

Augsburg/Kaiserslautern 2005, ISBN 3-933103-97-5

€ 20,--

Band 20

Magali Kirchgesser

„Die Bundesgartenschau in der Region – mit der Region“ Der neue Ansatz der Bundesgartenschau München 2005 und dessen Bedeutung für die Region

Augsburg/Kaiserslautern 2005, ISBN 3-933103-98-3

€ 15,--

Band 21

Christiane A. Schmidt

Raumordnerische Aspekte des teilräumlichen Wettbewerbs in Bayern

Augsburg/Kaiserslautern 2006, ISBN 3-933103-99-1

€ 20,--

Band 22

Antonia Leitz

Versuch einer raumplanerischen Leitphilosophie für die Mittel- und Osteuropäischen Staaten

Augsburg/Kaiserslautern 2006, ISBN 3-937006-00-1

€ 22,-- (vergriffen)

Band 23

Matthias Kraus

Zu rechtlichen Aspekten der weichen Instrumente der bayerischen Landesplanung

Augsburg/Kaiserslautern 2006, ISBN 3-937006-01-X

€ 22,--

Herausgeber: Prof. Dr. jur. Konrad Goppel, Prof. Dr. Franz Schaffer,
Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiß

Band 24

Thekla Hellwig

Zur Übertragbarkeit des Regionalmanagements in ein Land der Dritten Welt, am Beispiel der UGU District Municipality, Kwa Zulu Natal, Südafrika

Augsburg/Kaiserslautern 2006, ISBN 3-937006-02-8

€ 15,--

Herausgeber: Prof. Dr. jur. Konrad Goppel, Prof. Dr. Gabi Troeger-Weiß

Band 25

Barbara Merz

Zur Rolle der Europäischen Metropolregionen in der Landesentwicklung am Beispiel Bayerns

Augsburg/Kaiserslautern 2006, ISBN 3-937006-03-6

€ 18,-- (vergriffen)

Band 26

Tanja Simon

Konversionsprojekte in Rheinland-Pfalz – Versuch einer Bewertung

Augsburg/Kaiserslautern 2007, ISBN 978-3-937006-04-8

€ 18,--

Band 27

Kathrin Maier

Die Ausdehnung des Raumordnungsgesetzes auf die Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) dargestellt an der auslösenden Situation der raumordnerischen Steuerung der Errichtung von Offshore-Windenergieanlagen

Augsburg/Kaiserslautern 2008, ISBN 978-3-937006-05-5

€ 30,--

Band 28

Peter Plander

Die Herausforderungen der neuen EU-Strukturförderung für die ungarische Raumordnungspolitik

Augsburg/Kaiserslautern 2008, ISBN 978-3-937006-06-2

€ 18,--

Band 29

Stefanie Praël

Aspekte des Käuferverhaltens in der Wohnungswirtschaft – Der Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums anhand ausgewählter Beispiele in der Region München

Augsburg/Kaiserslautern 2008, ISBN 978-3-937006-07-9

€ 18,--

Band 30

Stefan Futterknecht

Das bayerische Teilraumgutachten im Lichte einer 25-jährigen Anwendungspraxis

Augsburg/Kaiserslautern 2010, ISBN 978-3-937006-08-6

€ 18,--

Band 31

Gregor Birle

Mögliche Reaktionen von Städtebau und Stadtentwicklung auf den demographischen Wandel - anhand ausgewählter Beispiele

Augsburg/Kaiserslautern 2010, ISBN 978-3-937006-09-3

Elektronische Publikation

Band 32

Katharina Ertl

Der Beitrag der Raumordnung im Umgang mit dem Klimawandel unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Bayern

Augsburg/Kaiserslautern 2010, ISBN 978-3-937006-10-9

Elektronische Publikation

Band 33

Eva Große

**Der Flughafen München – Wie prägt er aus Sicht der Gemeinden sein Umland?
Zum möglichen soziokulturellen Einfluss eines internationalen Verkehrsflughafens auf seine Umlandgemeinden**

Augsburg/Kaiserslautern 2010, ISBN 978-3-937006-11-6

€ 22,--

Band 34

Kathrin Sturm

Raumordnung in den Niederlanden vor dem Hintergrund der Raumordnung in Deutschland – konkretisiert am Beispiel Bayerns

Augsburg/Kaiserslautern 2011, ISBN 978-3-937006-12-3

Elektronische Publikation

Band 35

Birgit Brandhuber

Raumordnung in Europäischen Zusammenhängen – Französische Raumordnung durch die deutsche Brille gesehen

Augsburg/Kaiserslautern 2011, ISBN 978-3-937006-13-0

Elektronische Publikation

Band 36

Kerstin Warncke

Die Raumordnung und Landesplanung in Lettland

Augsburg/Kaiserslautern 2011, ISBN 978-3-937006-14-7

Elektronische Publikation

Die Raumordnung und Landesplanung in Lettland

Die Osterweiterung der Europäischen Union im Mai 2004 und Januar 2007 stellte die neuen Mitgliedstaaten vor entscheidende Veränderungen, auch hinsichtlich ihrer räumlichen Entwicklung und deren politische Steuerung.

Damit haben insbesondere die zehn mittel- und osteuropäischen Staaten nach ihrer Unabhängigkeit von der Sowjetunion einen weiteren tiefgreifenden und vielschichtigen Wandel zu bewältigen. Die wesentlichen raumpolitischen Handlungsfelder ähneln sich trotz der heterogenen Entwicklungsprozesse in den Transformationsländern: Regionale Disparitäten in den neuen EU-Mitgliedstaaten sowie zwischen ihnen haben sich seit dem politischen Umbruch noch verstärkt. Darüber hinaus wird durch veränderte Rahmenbedingungen häufig eine institutionelle Anpassung der Planung erforderlich.

Auch Lettland sieht sich mit diesen und weiteren Herausforderungen in der Raumentwicklung konfrontiert. Mit der administrativen Dezentralisierung im Zuge der Regionalreform im Jahr 2008/2009 wurde ein wichtiger Schritt zur Bewältigung dieser Herausforderungen vollzogen. Die künftige räumliche Entwicklung basiert auf der Stärkung von Gemeinden und Regionen, der Fokussierung der polyzentrischen Entwicklung des Landes sowie der Verbesserung des Planungssystems.

Die vorliegende Publikation beschreibt die Hintergründe der lettische Raumentwicklung, stellt die Grundzüge der Raumordnung und -planung Lettlands dar und gibt schließlich einen Ausblick auf deren künftige Ausrichtung sowie Entwicklungspotenziale.

ISBN 978-3-937006-14-7